

dbb 27. Gewerkschaftspolitische Arbeitstagung unter dem Thema: „Politische Konzepte im Zeitfenster von Legislaturperioden“

Geschäftsstelle München

Morassistraße 2
D-80469 München

Verantwortlich
Jürgen Mume
Telefon 089.2195-3024

Telefon 089.2157-8433
Telefax 089.2157-8433
post@vbgr.dbb.de
www.dbb.de

(dbb) Die Suche nach politischen Konzepten und – ganz aktuell – die Übertragung des Tarifabschlusses im öffentlichen Dienst auf die Beamten waren Hauptthemen der 27. Gewerkschaftspolitischen Arbeitstagung des dbb vom 12. bis 14. Januar 2003 in Bad Kissingen an dem der VBGR durch Kollegen Czarnowski vertreten war.

dbb Chef Erhard Geyer stellte gleich zu Beginn des politischen Auftaktes der Tagung am 13. Januar 2003 klar, dass der dbb die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifabschlusses im öffentlichen Dienst auf die Beamten und Versorgungsempfänger erwartet.

Den Tarifkompromiss für den öffentlichen Dienst vom 9. Januar 2003 bezeichnete Geyer vor den rund 400 Tagungsteilnehmern als Sieg der Vernunft auf der Arbeitgeberseite. Das Ergebnis unterstreiche letztlich die starke Position der Gewerkschaften, die davon abgesehen hätten, unrealistische Forderungen zu stellen, ohne die berechtigten Ansprüche der Beschäftigten zu missachten. Die 4,4-prozentige Anhebung in drei Stufen und 27 Monaten und die festgeschriebene stufenweise Ost-Angleichung bezeichnete Geyer als Ergebnis, das der dbb vor seinen Mitgliedern vertreten könne, auch wenn einige „Kröten zu schlucken“ waren.



Zur künftigen Gestaltung der Verwaltung forderte der dbb Bundesvorsitzende einen Runden Tisch, an dem Politiker, Beschäftigte, Gewerkschaften und Bürgervertreter gemeinsam langfristig tragfähige Reformkonzepte für den öffentlichen Dienst erarbeiten sollen.

„Die Zeit der von oben herab verordneten Flickschustereien und des Herumdokterns an temporären Symptomen ist vorbei.“ Unser Land könne sich eine derartige Politik nicht länger leisten. Beschäftigten und Bürgern bleibe vor lauter Vorschriften und Gängelei keine Luft mehr für engagiertes Handeln, begründete er seinen Vorstoß.

Der dbb Bundesvorsitzende rief dazu auf, weit über den Tellerrand der Tagespolitik hinauszublicken und endlich den Mut zum Abbau unnötiger Gesetze und Verordnungen und zu rigoroser Aufgabenkritik aufzubringen. Geyer wörtlich: „Wir müssen uns fragen, was brauchen wir und was nicht, auch im ideellen Sinne. Wo mutet die Politik den Bürgern entmündigende Gesetzesfluten zu, die letztlich auch noch das Geld der Allgemeinheit kosten? Brauchen wir 16 Bundesländer mit Untergliederungen bis auf die Ortsebenen?“

Auch die Wirtschaft benötige mehr Spielraum: „Es kann nicht sein, dass im europäischen Ausland eine neue Firma mit ein paar Formularen gegründet wird, während deutsche Jungunternehmer wochenlang erfolglos von Pontius zu Pilatus laufen müssen“, meinte Geyer und stellte zugleich klar, dass nicht etwa die Beamten das so wollen, sondern dass die Politik Vorgabe um Vorgabe liefert, ohne Ballast abzuwerfen.

Ein gemeinsam entwickeltes tragfähiges Reformkonzept, das nicht, wie in der Vergangenheit, von blindem Sparaktionismus diktiert wird, müsse deshalb klare Volumina für Personal- und Finanzbedarf festschreiben, Kosten und Nutzen definieren und den Beschäftigten eine klare Linie und Entwicklungsspielräume vorgeben.

Die einzelnen Redebeitragsgrundlagen können unter www.dbb.de eingesehen werden.

VBGR Kommentar zu den Erwidern auf die Grundsatzrede des dbb Bundesvorsitzenden (Czarnowski):

BMI - Die mit Spannung erwartete Rede des Bundesinnenministers Otto Schily blieb aus. In Vertretung des „witterungsbedingt“ verhinderten Bundesinnenministers Otto Schily sprach sein Parlamentarischer Staatssekretär Fritz Rudolf Körper, der die von Geyer geforderte zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifabschlusses im öffentlichen Dienst auf die Beamten lediglich für wünschenswert hält. Über die Zusage hinaus, dass sein Ministerium im politischen Raum dafür werben werde, ist der weitere Inhalt des Redebeitrags ist nicht kommentierbar.

STMF Bayern - Der Bayerische Staatsminister der Finanzen Kurt Faltlhauser bewertete den Tarifabschluss für die Angestellten und Arbeiter des öffentlichen Dienstes in erster Linie aus seiner Rolle der Arbeitgebervertretung. Angesichts der Tatsache, dass der Finanzminister in Bayern keinerlei Rückstellung für die Übertragung des Tarifabschlusses im öffentlichen Dienst auf die Beamten eingeplant hat, ist seine Einschätzung, dass einerseits die Haushalte offensiv gefordert seien, einige auch überfordert, andererseits ein vielleicht wochenlanger Streik abgewendet worden sei und er ein Gleichklang bei der 1:1 Übernahme des Tarifabschlusses im öffentlichen Dienst auf die Beamten wolle, auslegbar.

Die Redebeiträge lassen derzeit nur den Schluß zu, dass die Arbeitgeber versuchen werden den Zeitpunkt der Übertragung des Tarifabschlusses im öffentlichen Dienst auf die Beamten zu verschieben.